



Gerrit Müller

Die Rückgewinnungshilfe und der staatliche Auffangrechtserwerb

Unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe und Vermögensabschöpfung bei Straftaten vom 24.10.2006



Gerrit Müller

Die Rückgewinnungshilfe und der staatliche Auffangrechtserwerb

Unter besonderer Berücksichtigung des Gesetzes zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe und Vermögensabschöpfung bei Straftaten vom 24.10.2006

Gliederung

Abkürzungsverzeichnis	29
-----------------------------	----

Gutachten

1. Kapitel	37
A. Einführung	37
I. Das Gesetz zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe und Vermögensabschöpfung bei Straftaten vom 24.10.2006	37
II. Statistische Einordnung von Verfall und Rückgewinnungshilfe	40
1. Bedeutung und Entwicklung vermögensbezogener Straftaten	40
2. Bedeutung und Entwicklung der Rückgewinnungshilfe	42
III. Sinn und Zweck der Rückgewinnungshilfe	45
1. Ziel der Vollstreckungshilfe	45
2. Entwicklung und Rechtfertigung des Opferschutzes	47
3. Ziel der effektiven Gewinnabschöpfung	49
IV. Die Einführung des Auffangrechtserwerbs	50
V. Das materiell-prozessuale Gewinnabschöpfungsmodell	51
B. Gang der Darstellung	53
2. Kapitel: Vollstreckungssichernde Maßnahmen zugunsten der Rückgewinnungshilfe im Ermittlungs-, Zwischen- und Hauptverfahren	55
A. Einleitung	55
B. Anordnung einer vollstreckungssichernden Maßnahme nach §§ 111 b-111 f. StPO zugunsten der Rückgewinnungshilfe	56
I. Ausschluss des Verfalls nach § 73 Abs. 1 S. 2 StGB aufgrund von Ansprüchen Verletzter	56
1. Zweck des § 73 Abs. 1 S. 2 StGB	56

2.	Geltungsbereich.....	59
a.	Geltung beim einfachen Verfall.....	59
b.	Geltung beim erweiterten Verfall.....	60
aa.	Einführung durch das Gesetz zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe	60
bb.	Praktische Relevanz.....	62
c.	Geltung bei mehreren Verfallsbetroffenen.....	62
3.	Voraussetzungen.....	62
a.	Allgemeine Voraussetzungen des Verfalls	62
aa.	Rechtswidrige, nicht schuldhafte Tat	63
bb.	Etwas „aus der Tat“ i.S.d. §§ 73 ff. StGB	63
cc.	„Etwas“ i.S.d. §§ 73 ff. StGB	64
dd.	„Erlangt“ i.S.d. §§ 73 ff. StGB.....	65
ee.	Die Adressaten der Verfallsanordnung (Verfallsbetroffene)	66
(1)	Täter und Teilnehmer	66
(2)	Dritte.....	66
b.	Verletzter i.S.d. § 73 Abs. 1 S. 2 StGB	68
aa.	Einleitung	68
bb.	Allgemein.....	68
cc.	Verletzte	70
(1)	Ausgesuchte Einzelfälle.....	70
(2)	Der Staat als Verletzter	71
(a)	Staat ist nicht Verletzter	71
(b)	Staat ist Verletzter.....	72
(3)	Rechtsnachfolger als Verletzte.....	76
(4)	Insolvenzverwalter	77
c.	Ansprüche aus der Tat.....	77
aa.	Art der Ansprüche.....	77
bb.	Tat i.S.d. § 73 Abs. 1 S. 2 StGB.....	79
(1)	Tat i.S.d. § 264 StPO.....	79
(2)	Enger wirtschaftlicher Zusammenhang	80
(3)	Ergebnis.....	83

cc.	Anforderungen an den Anspruch.....	83
(1)	Grundsatz.....	83
(2)	Folgen	84
(3)	Einschränkende Auslegung.....	86
(4)	Stellungnahme.....	87
(5)	Eindrücke aus der Praxis.....	91
(6)	Verjährte Ansprüche	92
(7)	Nach § 817 Abs. 2 BGB ausgeschlossene Ansprüche	92
4.	Umfang des Ausschlusses.....	93
5.	Folgen.....	94
II.	Die Zulässigkeit von vollstreckungssichernden Maßnahmen zugunsten der Rückgewinnungshilfe	94
1.	Grundsatz	94
2.	Rückgewinnungshilfe und Einstellung aus Opportunitätsgesichtspunkten.....	95
a.	Die Einstellung nach §§ 154, 154 a StPO	95
aa.	Einleitung	95
bb.	Maßnahmen der Rückgewinnungshilfe vor Rechtskraft des Urteils.....	96
cc.	Aufrechterhaltung der Maßnahmen nach Rechtskraft des Urteils nach § 111 i Abs. 2 ff. StPO.....	99
(1)	Unzulässigkeit der Aufrechterhaltung.....	99
(2)	Folgen	101
dd.	Aufrechterhaltung der Maßnahmen nach § 111 i Abs. 1 StPO.....	103
ee.	Ergebnis.....	104
ff.	Eindrücke aus der Praxis.....	104
b.	Die Einstellung nach §§ 153, 153 a StPO	106
c.	Maßnahmen der Rückgewinnungshilfe im objektiven Verfahren.....	107
3.	Vollstreckungssichernde Maßnahmen zugunsten unbekannter Verletzter	108
4.	Anordnung im Privatklageverfahren nach §§ 374 ff. StPO	108

5.	Anordnung im Sicherungsverfahren nach §§ 413 ff. StPO	108
6.	Die Anordnung im objektiven Verfahren	108
a.	Anordnung vollstreckungssichernder Maßnahmen zugunsten der Rückgewinnungshilfe bis zur Rechtskraft des Urteils	109
b.	Anordnung der verlängerten Rückgewinnungshilfe und des Auffangrechtserwerbs des Staates	110
c.	Aufrechterhaltung nach Anordnung im subjektiven Verfahren	111
III.	Abgrenzung zwischen Beschlagnahme und dinglichem Arrest	112
1.	Einführung	112
2.	Anwendungsbereich der Beschlagnahme nach §§ 111 b Abs. 1, 111 c StPO	112
3.	Anwendungsbereich des dinglichen Arrests nach §§ 111 c Abs. 2, 111 d StPO	113
IV.	Gemeinsame Voraussetzungen der vollstreckungssichernden Maßnahmen nach §§ 111 b bis 111 f. StPO	115
1.	Gründe für die Annahme, dass die Voraussetzungen für den Verfall vorliegen, § 111 b Abs. 1 S. 1 StPO / dass die Voraussetzungen des Verfalls von Wertersatz vorliegen, § 111 b Abs. 2 StPO	115
a.	Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen für einen späteren Verfall i.S.d. §§ 73 ff. StGB	115
b.	Verhältnismäßigkeit i.S.d. § 73 c Abs. 1 StGB	115
c.	Gründe für die Annahme – die Verdachtsstufen des § 111 b StPO	117
aa.	„einfache“ Gründe, §§ 111 b Abs. 1 S. 1, Abs. 2, Abs. 3 S. 1 StPO	118
bb.	Begründung durch bestimmte Tatsachen, § 111 b Abs. 3 S. 2 StPO	120
cc.	„Dringende“ Gründe i.S.d. § 111 b Abs. 3 S. 3 StPO	122
2.	Sicherstellungsbedürfnis / Arrestgrund und Verhältnismäßigkeit	123
a.	Einleitung	123
b.	Sicherstellungsbedürfnis bzw. Arrestgrund	124

aa.	Vorliegen des Sicherstellungsbedürfnisses	125
bb.	Zu berücksichtigende Umstände	126
cc.	Indizwirkung vermögensbezogener Straftaten	130
(1)	Indizwirkung gegeben	130
(2)	Stellungnahme	131
dd.	Drohende Vollstreckung im Ausland, § 917 Abs. 2 ZPO	134
ee.	Ermessen	134
(1)	Grundsatz	134
(2)	Einfaches Sicherstellungsbedürfnis	136
(3)	Qualifiziertes Sicherstellungsbedürfnis	136
(4)	Stellungnahme	137
(5)	Ermessensreduzierung auf Null	142
(6)	Eindrücke aus der Praxis	144
ff.	Sicherstellungsbedürfnis und dinglicher Arrest nach §§ 324 ff. AO	147
c.	Verhältnismäßigkeit	149
aa.	Allgemein	149
bb.	Maßstab	151
cc.	Insbesondere beim dinglichen Arrest: Anforderungen an die Prüfung und den Verdachtsgrad	152
dd.	Ergebnis	153
d.	Einschränkung im Hinblick auf die Aufrechterhaltung und Dauer	154
aa.	Wegfall des Sicherstellungsbedürfnisses	154
bb.	Fehlende Verhältnismäßigkeit	155
cc.	Ergebnis	156
e.	Auswirkungen des Gesetzes zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe	157
f.	Eindrücke aus der Praxis	161
3.	Adressat der Sicherstellung	161
a.	Grundsatz	161
b.	Maßnahmen beim Dritten i.S.d. § 73 Abs. 3 StGB	162

c.	Adressat bei mehreren Tatbeteiligten	162
aa.	Einleitung und Problemstellung.....	162
bb.	Haftung mehrerer Verfallsbetroffener beim Verfall und Auffangrechtserwerb des Staates	163
(1)	Grundsatz.....	163
(2)	Kritik.....	165
(3)	Stellungnahme.....	169
(4)	Ergebnis.....	173
(5)	Folgen für die vollstreckungssichernden Maßnahmen	173
cc.	Adressat der vollstreckungssichernden Maßnahmen bei der Rückgewinnungshilfe.....	175
(1)	Grundsatz.....	175
(2)	Folgeproblem bei Inanspruchnahme eines gesamtschuldnerisch haftenden Verfallsbetroffenen durch den Verletzten	177
dd.	Sonderfälle.....	179
(1)	Verschiebungsfälle gem. § 73 Abs. 3 StGB	179
(a)	Beim Verfall.....	179
(b)	Bei Maßnahmen zugunsten der Rückgewinnungshilfe	180
(2)	Handels- bzw. Hehlerketten	181
(a)	Verfall bei den sog. Handelsketten.....	181
(b)	Rückgewinnungshilfe bei sog. Hehlerketten.....	182
d.	Vollstreckungssichernde Maßnahmen bei juristischen Personen.....	183
V.	Die Beschlagnahme zugunsten der Rückgewinnungshilfe gem. § 111 b Abs. 5 i.V.m. §§ 111 b Abs. 1 S. 1, 111 c StPO	186
1.	Anwendbarkeit	186
2.	Sonderprobleme bei der Beschlagnahme zugunsten der Rückgewinnungshilfe bei der Anordnung und Vollziehung.....	186
a.	Form der Anordnung	186
aa.	Allgemein.....	186

bb.	Anforderungen an den Beschluss im Hinblick auf die Rückgewinnungshilfe.....	188
b.	Bekanntgabe und Zustellung	190
c.	Eindrücke aus der Praxis.....	191
3.	Die Rechtswirkungen der Beschlagnahme, § 111 c Abs. 5 StPO.....	191
a.	Wirkungen.....	191
b.	Zeitpunkt der Entstehung.....	195
VI.	Der dingliche Arrest zugunsten der Rückgewinnungshilfe gem. § 111 b Abs. 5 i.V.m. §§ 111 b Abs. 2, 111 d StPO.....	196
1.	Einleitung.....	196
2.	Besondere Voraussetzungen des dinglichen Arrests.....	196
a.	Arrestanspruch.....	196
b.	Arrestgrund.....	197
3.	Sonderprobleme beim dinglichen Arrest zugunsten der Rückgewinnungshilfe bei der Anordnung und Vollziehung.....	197
a.	Bekanntgabe und Zustellung des Arrestbefehls.....	197
b.	Umfang des dinglichen Arrests, insbesondere im Hinblick auf die Rückgewinnungshilfe	198
aa.	Grundsatz.....	198
bb.	Problemstellung	198
cc.	Einschränkung durch den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	199
dd.	Unterschiedliche Bewertung des dinglichen Arrests zugunsten der Rückgewinnungshilfe und zugunsten des Verfalls.....	199
ee.	Zulässigkeit	200
ff.	Weitere Möglichkeiten der Begrenzung.....	202
gg.	Sonderfall.....	202
c.	Zuständigkeit für die Vollziehung des dinglichen Arrests in bewegliche Sachen	203
4.	Wirkung des dinglichen Arrests.....	204
a.	Einleitung	204

b.	Wirkungen des vollzogenen Arrests in bewegliche Sachen, Forderungen und forderungsgleiche Rechte.....	206
c.	Wirkungen des vollzogenen Arrests in Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	207
d.	Wirkungen des vollzogenen Arrests in Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge	208
5.	Ausschluss des dinglichen Arrest.....	209
C.	Die Dauer der vollstreckungssichernden Maßnahmen	210
I.	Einleitung	210
II.	Der Eintritt der Beendigung.....	211
1.	Die Beendigung durch Aufhebung.....	211
2.	Beendigung im Falle des § 111 c Abs. 6 bzw. § 111 d Abs. 2 StPO i.V.m. § 934 Abs. 1 ZPO	212
3.	Beendigung durch gutgläubigen Erwerb.....	212
4.	Beendigung im Fall der Verfahrensbeschränkung.....	212
5.	Die Beendigung im Fall der nicht rechtskräftigen Entscheidung.....	213
6.	Die Beendigung mit rechtskräftigem Abschluss des Verfahrens.....	215
a.	Beendigung durch rechtskräftiges Urteil mit Freispruch oder ohne Anordnung des Verfalls und ohne Anordnung der Aufrechterhaltung nach § 111 i StPO	215
b.	Verurteilung, ohne dass sich der Verdacht, der Verfallsbetroffene habe Etwas erlangt, bestätigt	218
c.	Beendigung durch Urteil mit Verfallsanordnung.....	218
d.	Beendigung bei mehreren Gesamtschuldern.....	219
e.	Dauer bei Verurteilung wegen der Anlasstat	220
III.	Die Folgen der Beendigung	220
1.	Einleitung.....	220
2.	Im laufenden Verfahren bis zur Rechtskraft	221
a.	Problemstellung	221
b.	Fehlende gesetzliche Regelung	223

c.	Grundsätze.....	225
aa.	Herausgabe an den letzten Gewahrsamsinhaber	225
bb.	Keine Beteiligung an der Aufrechterhaltung an einem rechtswidrigen Zustand.....	225
cc.	Keine endgültige Regelung des Besitzstandes oder Eigentums.....	227
dd.	Aufgabe der Zivilgerichte, über Besitz und Eigentum zu entscheiden.....	227
d.	Anwendung.....	228
aa.	Weite Auffassung.....	228
bb.	Enge Auffassung	229
cc.	Stellungnahme.....	230
(1)	Faktischer Verfall	230
(2)	Rückgewinnungshilfe auch bei Einstellung nach §§ 154, 154 a StPO möglich.....	233
(3)	Verfall auch bei § 73 d StGB möglich.....	233
(4)	Strafgerichte haben nicht über zivilrechtliche Ansprüche zu entscheiden.....	235
(5)	Präjudiz und faktischer Eingriff.....	236
(6)	§§ 111 g, 111 h, 111 i und 111 k StPO als Sonderregelung	236
e.	Ergebnis.....	237
3.	Nach Rechtskraft der Entscheidung.....	239
a.	Freispruch.....	239
b.	Rechtskräftige Entscheidung ohne Aufrechterhaltung nach § 111 i StPO.....	240
4.	Herausgabe und Rückabwicklung.....	240
a.	Rückabwicklung der Beschlagnahme.....	241
b.	Rückabwicklung des dinglichen Arrests	241
c.	Ort der Rückgabe	241
IV.	Zuständigkeit.....	242
1.	Im Ermittlungsverfahren bis zur Erhebung der Anklage.....	242
2.	Während der Hauptverhandlung bis zum rechtskräftigen Abschluss	243

3.	Zuständigkeit in der Rechtsmittelinstanz.....	244
4.	Nach Abschluss des Verfahrens	244
5.	Zuständigkeit bei Herausgabe an andere Personen als den letzten Gewahrsamsinhaber	245
6.	Durchführungskompetenz	246
V.	Form.....	246
D.	Mitteilungspflichten.....	247
I.	Zuständigkeit.....	247
II.	Bekannte Verletzte.....	247
III.	Zeitpunkt der Mitteilung	248
1.	Grundsatz	248
2.	Benachrichtigung mehrerer Verletzter.....	248
IV.	Form und Inhalt der Mitteilung.....	250
1.	Grundsatz	250
2.	Inhalte, die sich aus dem Zweck ergeben	250
V.	Art der Mitteilung.....	252
1.	Veröffentlichung im Bundesanzeiger, § 111 e Abs. 4 S. 1 StPO.....	253
2.	Veröffentlichung in anderer geeigneter Weise, § 111 e Abs. 4 S. 2 StPO.....	254
3.	Ermessen der Staatsanwaltschaft	254
VI.	Folgen einer unterbliebenen Mitteilung.....	256
VII.	Datenschutz.....	257
E.	Rechtsschutz der Verletzten gegen die vollstreckungssichernden Maßnahmen	258
I.	Rechtsschutz gegen die Anordnung einer vollstreckungssichernden Maßnahme	258
1.	Antrag auf Entscheidung des Gerichts nach § 111 e Abs. 2 S. 3 StPO.....	258
a.	Statthaftigkeit	258
b.	Antragsberechtigung des Verletzten	258
2.	Beschwerde nach §§ 304, 305 S. 2 StPO	259
a.	Statthaftigkeit	259

b.	Beschwerdeberechtigung des Verletzten.....	260
c.	Wirkung der Beschwerde	262
d.	Zuständigkeit	263
3.	Weitere Beschwerde nach § 310 StPO	263
a.	Statthaftigkeit	263
b.	Beschwerdeberechtigung des Verletzten.....	265
4.	Formloser Antrag auf Erlass einer vollstreckungssichernden Maßnahme.....	266
5.	Antrag des Verletzten nach § 23 EGGVG	266
II.	Rechtsschutz gegen die Art und Weise der Durchführung (Vollzug) einer vollstreckungssichernden Maßnahme.....	266
III.	Schadensersatzansprüche	267

3. Kapitel: §§ 111 g, 111 h StPO: Zulassung im Zulassungsverfahren und Vollstreckung in das Sicherungsgut

269

A. Einleitung.....

269

I.	Sinn und Zweck	269
II.	Sinn des Zulassungsverfahrens	271
III.	Unterscheidung zwischen § 111 g und § 111 h StPO.....	272

B. Voraussetzungen des Zulassungsverfahrens nach §§ 111 g Abs. 2, 111 h Abs. 2 StPO.....

273

I.	„Anspruch“ eines „Verletzten“ „aus der Straftat“ i.S.d. § 111 g Abs. 1, Abs. 2 S. 3, § 111 h Abs. 1 S. 1, Abs. 2 S. 2 i.V.m. § 111 g Abs. 2 S. 3 StPO	273
1.	Einleitung.....	273
2.	Zulassungsfähige Ansprüche	274
a.	Allgemein.....	274
b.	Kosten der Rechtsverfolgung.....	275
3.	Tat	277
4.	Verletzter i.S.d. §§ 111 g, 111 h StPO	278
a.	Grundsatz.....	278
b.	Rechtsnachfolger.....	279

aa.	Keine Antragsbefugnis	280
bb.	Folgen einer fehlenden Antragsbefugnis	281
cc.	Lösung.....	281
(1)	Entstehungsgeschichte	282
(2)	Systematik	282
(3)	Sinn und Zweck.....	283
dd.	Ergebnis.....	285
c.	Insolvenzverwalter	286
aa.	Entstehungsgeschichte	286
bb.	Systematik	286
(1)	Im Adhäsionsverfahren	286
(2)	Beschwerderecht nach § 172 StPO.....	287
(3)	Akteneinsichtsrecht des Verletzten	287
(4)	Strafantragsrecht.....	287
(5)	Ergebnis.....	288
cc.	Sinn und Zweck.....	288
(1)	Vermögen der Gemeinschuldnerin	288
(2)	Sinn und Zweck der Rückgewinnungshilfe.....	289
dd.	Ergebnis.....	291
II.	Angeordnete und noch andauernde vollstreckungssichernde Maßnahme.....	291
1.	Zwangsvollstreckungsmaßnahmen vor der vollstreckungssichernden Maßnahme.....	293
2.	Zwangsvollstreckungsmaßnahmen nach der vollstreckungssichernden Maßnahme.....	293
a.	Aufhebung der Maßnahme während des laufenden Verfahrens	293
b.	Beendigung im Fall des nicht rechtskräftigen Verfahrensabschluss	294
c.	Beendigung im Fall des rechtskräftigen Verfahrensabschluss	294
d.	Ablauf der Frist des § 111 i Abs. 1 StPO	295
e.	Ablauf der Frist des § 111 i Abs. 3 StPO	295
f.	Anordnung des Verfalls.....	295

aa.	Nicht rechtskräftige Anordnung des Verfalls.....	295
bb.	Rechtskräftige Anordnung des Verfalls	296
3.	Folgen der Aufhebung der Maßnahme im laufenden Zulassungsverfahren, § 111 g Abs. 3 S. 5 StPO.....	297
III.	Titel.....	298
IV.	Antrag des Verletzten	299
V.	Zulassungsverfahren und Form der Zulassung	302
1.	Zuständigkeit	302
2.	Verfahren.....	303
3.	Anhörung.....	304
4.	Form	305
a.	Allgemein.....	305
b.	Eindrücke aus der Praxis.....	305
5.	Zustellung	306
C.	Folgen der Zulassung: Zulässigkeit von Vollstreckungshandlungen in das Sicherungsgut	307
I.	Zulassung nach § 111 g Abs. 2 StPO	307
1.	Anwendungsbereich.....	307
a.	Grundsatz.....	307
b.	Beschränkung bei der Einziehung unterliegenden Gegenständen, § 111 g Abs. 5 S. 2 StPO.....	308
c.	Keine Beschränkung der Geltung des § 111 g StPO auf Geldforderungen.....	308
2.	Zivilrechtliche Zwangsvollstreckung des Verletzten.....	309
3.	Reihenfolge von Antragstellung/Zulassungsbeschluss und Zwangsvollstreckung/Arrestvollziehung des Verletzten	309
a.	Wortlaut	310
b.	Entstehungsgeschichte sowie Sinn und Zweck	311
c.	Systematik	312
d.	Praktische Erwägungen.....	312
e.	Ergebnis und Folgen.....	313
4.	Wirkungen der Zulassung.....	315
a.	Wirkung nach § 111 g Abs. 1 StPO.....	315

b.	Wirkung nach § 111 g Abs. 3 S. 1 StPO	315
aa.	Generelle Wirkungen.....	315
(1)	Bei der Beschlagnahme beweglicher Sachen.....	315
(2)	Bei der Beschlagnahme von Forderungen	317
(3)	Bei durch dinglichen Arrest gesichertem beweglichen Vermögen, Forderungen und forderungsgleichen Rechten.....	319
(4)	Bei Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten sowie eingetragenen Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	321
bb.	Wirkungen der Zulassung gegenüber vor dem Staat vorrangigen Gläubigern.....	322
cc.	Wirkung gegenüber dritten, nicht verletzten Gläubigern	322
dd.	Wirkungen gegenüber nicht benannten oder unbekannten Verletzten	323
5.	Vollstreckungsmaßnahmen mehrerer Verletzter	324
a.	Konkurrierende Vollstreckungsmaßnahmen mehrerer zugelassener Verletzter.....	324
aa.	Geltung des Prioritätsprinzips	325
bb.	Der dann maßgebliche Zeitpunkt	326
cc.	Andere Ansicht: Gleichrangigkeit der zugelassenen Verletzten	329
dd.	Ergebnis.....	331
ee.	Praktische Konsequenz.....	332
ff.	Die Geltung des Prioritätsprinzips in Sonderfällen	333
(1)	Wechsel von der Anordnung zugunsten des Verfalls zur Anordnung zugunsten der Rückgewinnungshilfe	333
(2)	Konkurrenz eines Anspruch des Verletzten i.S.d. §§ 73 Abs. 1 S. 2, 73 StGB mit einem vorrangigem Anspruch eines Verletzten i.S.d. §§ 73 Abs. 1 S. 2, 73 a StGB.....	333
(3)	Wechsel von Beschlagnahme zum dinglichen Arrest	335
(4)	Wechsel vom objektiven ins subjektive Verfahren	337

b.	Konkurrierende Vollstreckungsmaßnahmen zugelassener und nicht zugelassener Verletzter	337
II.	Zulassung nach § 111 h Abs. 2 StPO	339
1.	Anwendungsbereich	339
a.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	339
b.	Keine Beschränkung	340
c.	Erweiterung auf Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge	340
2.	Reihenfolge von Antragsstellung und Zulassung.....	341
3.	Wirkungen der Zulassung.....	342
a.	Generelle Wirkungen.....	342
b.	Zwischenrechte	343
c.	Spätere Aufhebung des dinglichen Arrests.....	344
4.	Vollstreckungsmaßnahmen mehrerer Verletzter	345
a.	Konkurrierende Vollstreckungsmaßnahmen mehrerer zugelassener Verletzter.....	345
aa.	Problem	345
bb.	Lösung.....	347
b.	Konkurrierende Vollstreckungsmaßnahmen zugelassener und nicht zugelassener Verletzter	349
5.	Eingetragene Schiffe, Schiffsbauwerke und Luftfahrzeuge	350
III.	Folgen	350
IV.	Folgen für die vollstreckungssichernden Maßnahmen.....	351
V.	Eindrücke aus der Praxis.....	352
D.	Folgen einer zu Unrecht abgelehnten oder erteilten Zulassung	353
I.	Grundsatz	353
II.	Folgen einer fehlerhaften Ablehnung des Zulassungsantrags	353
III.	Folgen einer zu Unrecht erfolgten Zulassung.....	353
1.	Schadensersatzanspruch gem. § 111 g Abs. 4 bzw. § 111 h Abs. 3 StPO	353
2.	Anspruchsinhaber	354
3.	Anspruchsumfang.....	354
4.	Bedeutung.....	355

E. Rechtsschutz	355
I. Statthafter Rechtsbehelf	355
1. Rechtsbehelfe gegen Entscheidungen des AG oder des LG.....	355
2. Beschwerde gegen Entscheidungen des OLG, BGH und des Ermittlungsrichters beim OLG und BGH.....	356
II. Beschwerdeberechtigung.....	358
1. Beschuldige, Verletzte und Staatsanwaltschaft	358
2. Andere Verfallsbetroffene.....	359
3. Rechtsschutz Dritter	359
III. Keine Vollzugshemmung	359
4. Kapitel: Maßnahmen der Rückgewinnungshilfe im Fall der Verfahrensbeschränkung nach § 111 i Abs. 1 StPO.....	361
A. Einleitung.....	361
I. Änderung durch das Gesetz zur Stärkung der Rückgewinnungshilfe	361
II. Praktische Relevanz der Vorschrift.....	362
B. Voraussetzungen.....	362
I. Verfahrensbeschränkung nach §§ 430, 442 Abs. 1 StPO.....	362
1. Voraussetzungen für die Verfahrensbeschränkung nach §§ 430, 442 Abs. 1 StPO	362
2. Zuständigkeit für die Verfahrensbeschränkung.....	363
II. Vorliegen der Voraussetzungen der Rückgewinnungshilfe	364
III. Unbilligkeit der sofortigen Aufhebung	364
IV. Zuständigkeit und Verfahren	365
1. Zuständigkeit	365
2. Verfahren.....	366
3. Anhörung	366
4. Inhalt und Form der Anordnung	367
C. Dauer.....	367
I. 3-Monatsfrist.....	367
II. Eindrücke aus der Praxis.....	369

D. Folgen	369
I. Wirkungen	369
II. Möglichkeit der Vollstreckung	370
III. Aufhebung nach Fristablauf	370
IV. Aufhebung der Beschränkung nach § 430 Abs. 3 StPO.....	372
1. Aufhebung im laufenden Strafverfahren	373
2. Aufhebung im Urteil.....	373
E. Rechtsschutz	373
I. Statthaftigkeit	373
II. Beschwerdeberechtigung.....	374
5. Kapitel: Maßnahmen der Rückgewinnungshilfe nach Rechtskraft des Urteils – Die verlängerte Rückgewinnungshilfe nach § 111 i Abs. 3 und 4 StPO	375
A. Einleitung.....	375
I. Sinn und Zweck	375
II. Rechtsnatur	376
B. Verfahren.....	379
I. Feststellung der Voraussetzungen nach § 111 i Abs. 2 StPO	379
1. Feststellung der Verfallsvoraussetzungen	380
2. Bezeichnung des Erlangten, § 111 i Abs. 2 S. 2, bzw. Feststellung eines Geldbetrages, § 111 i Abs. 2 S. 3 StPO	381
3. Abzüge nach § 111 i Abs. 2 S. 4 StPO	382
4. Berücksichtigung des § 73 c StGB.....	383
5. Berücksichtigung des späteren Auffangrechtserwerbes	385
6. Ermessen des Gerichts	386
7. Kritik	387
a. Praktische Probleme.....	387
b. Eindrücke aus der Praxis.....	389
II. Beschluss zur Aufrechterhaltung nach § 111 i Abs. 3 StPO.....	390
1. Aufrechterhalten einer vollstreckungssichernden Maßnahme	390

a.	Problemstellung	390
b.	Ergebnis.....	392
2.	Inhalt des Beschlusses	393
3.	Dauer.....	394
4.	Zuständigkeit, Verfahren und Form.....	395
5.	Aufhebung der Maßnahme(n)	395
6.	Eindrücke aus der Praxis	396
III.	Mitteilungspflichten nach § 111 i Abs. 4 StPO	396
1.	Inhalt	396
2.	Form und Zeitpunkt.....	397
IV.	Folgen.....	398
C.	Rechtsschutz	398
I.	Anfechtung der Feststellungen nach § 111 i Abs. 2 StPO	398
1.	Statthaftes Rechtsmittel	398
2.	Rechtsmittelberechtigung.....	399
II.	Anfechtung des Beschlusses nach § 111 i Abs. 3 StPO	400
1.	Einfache Beschwerde.....	400
a.	Statthaftigkeit	400
b.	Beschwerdeberechtigung.....	400
2.	Drittwiderrspruchsklage nach §§ 459 g StPO i.V.m. §§ 6 Abs. 1 Nr. 1 JBeitrO, 769, 771 ZPO.....	401
3.	Gerichtliche Entscheidung nach § 111 f. Abs. 5 StPO.....	402
6.	Kapitel: Die Herausgabe sichergestellter Sachen an den Verletzten nach § 111 k StPO	403
A.	Einleitung	403
B.	Voraussetzungen.....	405
I.	Beschlagnahmte bewegliche Sache	405
1.	Bewegliche Sache	405
2.	Beschlagnahmte Sache.....	407
II.	Straftat, durch die die Sache entzogen wurde.....	409
III.	Letzter Gewahrsamsinhaber	412

IV. Verletzter, dem die Sache entzogen wurde	413
1. Verletzter	413
2. Bekannte Verletzte	414
a. Verletzte sind bekannt	414
b. Vorgehen bei unbekanntem Verletzten.....	414
c. Zweifelhafte Ansprüche	415
3. Mehrere Verletzte	415
V. Keine entgegenstehende Ansprüche Dritter	416
1. Grundsatz	416
2. Bestehen (zweifelhafte) Ansprüche Dritter	417
a. Vorgehen.....	417
b. Folgen bei offensichtlich begründeten Ansprüche eines Dritten.....	420
aa. Herausgabe an einen berechtigten Dritten zulässig.....	420
bb. Stellungnahme.....	422
(1) RiStBV keine taugliche Rechtsgrundlage.....	422
(2) § 111 k StPO keine taugliche Rechtsgrundlage.....	422
(3) Notwendigkeit der Rückabwicklung.....	423
(4) Möglichkeit der Hinterlegung	424
cc. Ergebnis.....	425
3. Zuständigkeit	426
VI. Für die Zwecke des Strafverfahrens nicht mehr benötigt.....	427
C. Zuständigkeit und Verfahren.....	428
I. Entscheidung	428
II. Zuständigkeiten	428
1. Zuständigkeit für Anordnung.....	428
a. Zuständigkeit während des Ermittlungsverfahrens	429
aa. Streitstand.....	429
bb. Ergebnis.....	434
b. Zuständigkeit nach Erhebung der öffentlichen Anklage	434
c. Zuständigkeit nach Rechtskraft des Urteils.....	434
2. Zuständigkeit für die Herausgabe.....	436

III. Verfahren	436
D. Folgen	437
E. Rechtsschutz	438
I. Einleitung	438
II. Entscheidung des Gerichts nach § 111 k S. 2 i.V.m. § 111 f. Abs. 5 StPO	439
III. Herbeiführung der Entscheidung des Gerichts nach § 111 k S. 3 StPO.....	439
IV. Entscheidung des Gerichts	440
V. Zuständigkeiten	440
F. Schadensersatzanspruch	441
G. Ergebnis	441
7. Kapitel: Der Auffangrechtserwerb des Staates.....	443
A. Einleitung	443
I. Sinn und Zweck	443
II. Rechtsnatur	445
III. Kritik.....	445
1. Materiell-prozessrechtliche Vermischung	445
2. Keine Schließung der Abschöpfungslücken.....	447
B. Voraussetzungen.....	449
I. Feststellungen nach § 111 i Abs. 2 StPO.....	449
II. Andauernde vollstreckungssichernde Maßnahme.....	449
III. Fristablauf.....	449
IV. Ausschlussstatbestände.....	450
C. Verfahren	451
I. Beschluss nach § 111 i Abs. 6 S. 1 StPO.....	451
II. Anhörung	452
III. Löschung der Eintragungen im Bundesanzeiger.....	453
D. Folgen	453
I. Eintritt und Umfang des Rechtserwerbs	453

1.	Zeitpunkt.....	453
2.	Nach §§ 111 b Abs. 1, 111 c StPO beschlagnahmte Gegenstände	453
3.	Nach §§ 111 b Abs. 2, 111 d StPO arrestierte Vermögenswerte.....	454
4.	Umfang	455
II.	Der Ausgleichsanspruch bei Befriedigung des Verletzten nach § 111 i Abs. 7	456
1.	Grundsatz	456
2.	Ausschluss.....	457
E.	Rechtsschutz gegen den Eintritt des Auffangrechtserwerbs des Staates nach § 111 i Abs. 6 S. 3 StPO	459
8.	Kapitel: Schlussbetrachtungen.....	461
	Literaturverzeichnis	467
	Fragebogen.....	489